

VERÖFFENTLICHUNGEN DES INSTITUTS
FÜR DEUTSCHES, EUROPÄISCHES
UND INTERNATIONALES MEDIZINRECHT,
GESUNDHEITSRECHT UND BIOETHIK
DER UNIVERSITÄTEN HEIDELBERG UND MANNHEIM

39

KALLIA GAVELA

Ärztlich assistierter Suizid und organisierte Sterbehilfe

Reihenherausgeber

Peter Axer, Heidelberg, Germany

Gerhard Dannecker, Heidelberg, Germany

Thomas Hillenkamp, Heidelberg, Germany

Lothar Kuhlen, Mannheim, Germany

Eibe. H. Riedel, Mannheim, Germany

Jochen Taupitz Mannheim, Germany

Kallia Gavela

Ärztlich assistierter Suizid und organisierte Sterbehilfe

 Springer

Kallia Gavela
Juristische Fakultät
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Heidelberg
Deutschland

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Hillenkamp
Zweitgutachter: Prof. Dr. Lothar Kuhlen
Tag der mündlichen Prüfung: 08.11.2011

ISSN 1617-1497
ISBN 978-3-642-31172-7 978-3-642-31173-4 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-642-31173-4
Springer Heidelberg NewYork Dordrecht London

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Meinen lieben Eltern

Die vorliegende Arbeit wurde am 2. Dezember 2011 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im März 2011 abgeschlossen. Die deutsche Literatur und Rechtsprechung sind bis 2011 berücksichtigt. Nicht mehr eingearbeitet werden konnte der Gesetzentwurf vom 22.10.2012 über die Bestrafung der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung (BT-Drs. 17/11126). Rechtsprechung und Literatur zu ausländischem Recht konnten nur bis 2010 berücksichtigt werden.

Am Ende eines langen Weges gilt es, allen herzlich zu danken, die zum Erreichen des Ziels in irgendwelcher Weise beigetragen haben. Ganz besonderen, sehr herzlichen Dank schulde ich vor allem meinem Betreuer und verehrtem akademischen Lehrer Prof. Dr. Dr. h.c. *Thomas Hillenkamp* sowohl für die stete Fürsorge und Anteilnahme, mit der er allzeit meinen wissenschaftlichen Werdegang und das Entstehen dieser Monografie begleitete, als auch dafür, dass er mich in großer Weitsicht ermutigt hat, dieses nicht nur dogmatisch, sondern auch ethisch schwierige und äußerst umfangreiche Thema in Angriff zu nehmen.

Herrn Prof. Dr. *Lothar Kuhlen* bin ich für die sorgfältige und zügige Erstellung des Zweitgutachtens sehr verbunden. Seine konstruktive Kritik und wertvollen Anregungen waren mir eine große Hilfe.

Dem Direktorium des Instituts für Deutsches, Europäisches und Internationales Medizinrecht, Gesundheitsrecht und Bioethik der Universitäten Heidelberg und Mannheim, darunter insbesondere Herrn Prof. Dr. *Jochen Taupitz* in seiner Eigenschaft als Geschäftsführendem Direktor, danke ich für die Aufnahme der vorliegenden Arbeit in die eigene Schriftenreihe.

Besonderer Dank gilt auch Prof. Dr. *Julia Iliopoulos-Strangas* aus der Juristischen Fakultät Athen dafür, dass sie mich dazu anregte, mein Studium in Deutschland fortzusetzen. Sie hat mir dadurch ganz neue Perspektiven eröffnet.

Ohne die großzügige finanzielle, aber auch ideelle Förderung der Alexander-S.-Onassis-Stiftung wäre die Realisierung eines so kostspieligen internationalen Projekts nicht möglich gewesen. Auch für den finanziellen Zuschuss bei der Drucklegung dieses Buches habe ich der Onassis-Stiftung zu danken.

Ebenso zu danken gilt es an dieser Stelle dem Springer-Verlag für die Bereitschaft, die Arbeit ohne Zögern in das Verlagsprogramm aufzunehmen.

Der Columbia University Law School in N.Y. schulde ich Dank für die großzügige Ermöglichung eines zweimonatigen Forschungsaufenthalts. Ihre stets gesprächs- und hilfsbereiten Professoren haben mir viele neue Perspektiven eröffnet.

Zutiefst verpflichtet bin ich insbesondere Herrn Staatsanwalt Dr. *Heiko Feurer*, einem brillanten Juristen und lieben Freund, für das sorgfältige Lektorat. Mit seinem Einfühlungsvermögen und seiner herzlichen Art hat er dafür gesorgt, dass ich auch in schwierigen Phasen nie den Mut und Willen verloren habe, mein Projekt zu Ende zu bringen. Bei der Anfertigung der endgültigen Fassung sowie bei der sprachlichen Korrektur war seine Hilfe von größter Bedeutung. Ohne seine Unterstützung wäre die Arbeit nicht zustande gekommen.

Danken möchte ich in diesem Zusammenhang zudem meinem Bruder, Herrn *Dimitris Gavelas*, einem ebenfalls hochbegabten Juristen, der mir stets zur Seite gestanden hat und allzeit zu anregenden wissenschaftlichen Gesprächen bereit war.

Constantin, Claudia und Andreas, meinen lieben Freunden aus Hannover, die stets für mich da waren und nie müde wurden, meine Selbstzweifel zu zerstreuen, gilt ebenfalls ein großer Dank.

Niemals entstanden wäre dieses Buch schließlich ohne die bedingungslose ideelle und finanzielle Unterstützung meiner Eltern, Frau *Marianna Gavela* und Herrn *Ioannis Gavelas*. Beiden gilt meine größte Achtung. Ihnen habe ich mehr zu verdanken, als ich mit Worten auszudrücken vermag.

Diese Arbeit ist mit dem Förderpreis 2011 ausgezeichnet worden, welcher von dem Verein zur Förderung des deutschen, europäischen und internationalen Medizinrechts, Gesundheitsrechts und der Bioethik in Heidelberg und Mannheim e. V. ausgeschrieben wird.

Heidelberg, den 10 Februar 2013

Kallia Gavela

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
A. Vorfragen und Vorüberlegungen	1
B. Thematische Begriffsklärung	2
I. Sterbehilfe – Euthanasie	2
II. Suizid	3
III. Assistierter Suizid als spezielle Form der Sterbehilfe – thematische Eingrenzung	4
1. Teil: Das geltende Recht	7
A. Tatbestandslosigkeit des Suizids	7
I. Grammatische und historische Auslegung	8
II. Systematische Auslegung	11
III. Teleologische Auslegung	12
IV. Zwischenergebnis	14
B. Grundsatz der Straflosigkeit der Suizidteilnahme	14
I. Fehlende Sonderregelung	14
II. Materieller Grund für die Straflosigkeit	15
1. Suizidteilnahme und Akzessorietätsprinzip	15
2. Prinzip der Eigenverantwortlichkeit	16
C. Reichweite des Grundsatzes	17
I. Abgrenzung zur Fremdtötung in mittelbarer Täterschaft	17
1. Kann ein Mensch den Suizid wirklich wollen? Zum freien Entschluss	18
2. Der Beurteilungsmaßstab für die Freiverantwortlichkeit	20
(a) Exkulpations- versus Einwilligungslösung	20
(b) Ergebnisorientierter Vergleich	21
(aa) Übereinstimmende Lösungen	21
(bb) Abweichend beurteilte Sachverhalte	21
(c) Stellungnahme	22
II. Abgrenzung zur einverständlichen täterschaftlichen Fremdtötung	23

1. Zur Rechtsprechung	24
2. Kritische Würdigung	26
III. Abgrenzung zur fahrlässigen Tötung	31
IV. Abgrenzung zum unechten Unterlassungsdelikt	36
1. Zur Rechtsprechung	37
2. Kritische Würdigung	39
V. Strafbarkeit wegen unterlassener Hilfeleistung	41
1. Zur Rechtsprechung	42
2. Kritische Würdigung	44
VI. Strafbarkeit nach dem Betäubungsmittel- und Arzneimittelgesetz	46
1. Zur Rechtsprechung	46
2. Kritische Würdigung	49
VII. Zwischenergebnis	51
D. Insbesondere: der ärztlich assistierte Suizid	52
I. Umfang ärztlicher Garantenpflicht zur Suizidverhinderung	52
II. Geltende Rechtslage zur Verschreibung und Abgabe von BtM	54
III. Ärztliche Suizidassistenz vor dem Hintergrund von Standesrecht und Standesethik	58
E. Ergebnis	61
2. Teil: Suizidteilnahme <i>de lege ferenda</i>	63
A. Rechtsvergleichender Überblick	63
I. Länderbericht Schweiz	64
1. Einleitung	64
2. Strafbarkeit der Suizidteilnahme	65
(a) Allgemeines	65
(b) Beteiligungsformen	68
(c) Zusätzliche Strafbarkeitsbedingung	69
(d) Subjektiver Tatbestand	70
(aa) Vorsatzerfordernis	70
(bb) Erfordernis der „selbstsüchtigen Motivation“	70
(i) Allgemeine Bemerkungen	70
(ii) Zur Auslegung	71
(e) Strafrahmen	72
3. Rechtliche Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit	73
(a) Gesundheitsrechtliche Vorgaben zur Verschreibung und Abgabe von NaP	73
(aa) Heil- bzw. betäubungsmittelrechtliche Ausgangsbasis	73
(bb) Zur Rechtmäßigkeit ärztlicher Verschreibung von NaP in tödlicher Dosis	76
(b) Standesrechtliche Vorschriften	79
(c) Weitere normative Vorgaben	80
(aa) SAMW-(Standes-)Richtlinien	80
(bb) Empfehlungen der NEK–CNE	81

4. Verfassungsrechtliche Prämissen	82
(a) Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 3. November 2006	82
(b) Urteilsanmerkung	84
5. Rechtswirklichkeit	85
(a) Satzungsrecht der Suizidhilfeorganisationen	85
(aa) EXIT	86
(bb) EX-International	88
(cc) DIGNITAS	89
(b) Exkurs: Organisierte Suizidbeihilfe in öffentlichen Einrichtungen	93
(c) Umstrittene Begleiterscheinungen in der Praxis	94
6. Rechtspolitische Diskussion und aktuelle Entwicklung	95
(a) Revisionsbemühungen auf Bundesebene	95
(b) Vorstöße auf kantonaler Ebene	106
II. Länderbericht Niederlande	107
1. Einleitung	107
2. Strafbarkeit der Suizidteilnahme	109
(a) Grundsätzliches Suizidteilnahmeverbot – Art. 294 nStGB	109
(b) Teilnahmemodalitäten	110
(c) Zusätzliches Tatbestandsmerkmal: „ <i>indien de zelfdoding volgt</i> “	112
(d) Subjektiver Tatbestand	113
(e) Strafraumen	113
3. Straffreistellung der ärztlichen Suizidbetreuung	114
(a) Zur Vorgeschichte der heutigen spezialgesetzlichen Sterbehilferegelerung	114
(b) Gesetzesbeschluss vom 12.4.2001	117
(aa) Spezieller Strafausschlussgrund für Ärzte	117
(bb) Anforderungen an die Sorgfalt	118
(cc) Regelungsgehalt des Sterbehilfegesetzes bezüglich Minderjähriger	124
(dd) Meldeverfahren	125
4. Verfassungsrechtliche Prämissen	127
5. Rechtswirklichkeit	128
6. Rechtspolitische Diskussion und aktuelle Entwicklung	134
(a) Darstellung ausgewählter Rechtsprobleme – Hauptansatzpunkte der Kritik	134
(aa) Zur Effizienz des festgelegten Kontrollverfahrens	134
(bb) Eingrenzungsschwierigkeiten – Ausweitungstendenzen	135
(b) Abschließende Würdigung und Ausblick	143
III. Länderbericht USA	145
1. Einleitung	145
(a) Ursprünge und Grundlagen des amerikanischen Strafrechts	145
(b) Zur Begrifflichkeit – Sterbehilfearten	148

2. Exkurs: Rechtshistorische Entwicklung	151
(a) Zum Suizid	151
(b) Zum Suizid <i>versuch</i>	155
(c) Zur Suizidteilnahme	156
(d) Model Penal Code	159
3. Strafbarkeit der Suizidteilnahme	160
(a) Spezialvorschriften	160
(aa) Inkriminierung durch Statut	160
(bb) Inkriminierung unter Rückgriff auf das Common Law	164
(cc) Legislatives Vakuum bzw. keine Weitergeltung des Common Law	165
(b) Die Anwendbarkeit der allgemeinen Tötungsvorschriften	166
4. Rechtliche Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit	167
5. Rechtswirklichkeit	168
(aa) Am Beispiel des „Dr. Death“	169
(bb) Am Beispiel des Dr. Quill	172
6. Verfassungsrechtliche Prämissen	173
(a) <i>Due-Process-Ansatz</i> – <i>Washington v. Glucksberg</i>	177
(aa) Vorinstanzlicher Hintergrund	178
(bb) Die Entscheidung des US Supreme Court	180
(b) <i>Equal-Protection-Ansatz</i> – <i>Vacco v. Quill</i>	183
(aa) Vorinstanzlicher Hintergrund	184
(bb) Die Entscheidung des US Supreme Court	186
(c) Kritik	188
7. Rechtspolitische Diskussion und aktuelle Entwicklung	189
8. Straffreistellung der ärztlichen Suizidbetreuung (Oregon Aberration)	192
(a) Zum legislativen Hintergrund	192
(b) Verfahrenselemente der Oregon-Regelung	196
(c) Erfahrungen	198
(d) Kritik: Bedeutung und Zukunft eines Paradigmenwechsels	201
IV. Schlussfolgerungen aus der Rechtsvergleichung	203
1. Freiverantwortlichkeit als gemeinsamer Ausgangspunkt	203
2. Unterschiedliche Konsequenzen aus der Autonomie	206
3. Rolle des Arztes: Heilungsexperte – Tötungsexperte – BtM- Lieferant	208
4. Täterschaft und Teilnahme	210
5. Recht und Rechtswirklichkeit in den behandelten Ländern	211
B. Reformvorschläge zum deutschen Recht	212
I. Rechtspolitische Sterbehilfediskussion und aktuelle Entwicklungen	212
II. Insbesondere: Suizidmitwirkung – Hauptachsen der Reformdiskussion	217
1. Klarstellung der Rechtmäßigkeit des Unterlassens beim freien Suizid	217

- 2. Bedingte standesrechtliche Freigabe der ärztlichen Suizidassistentz 218
- 3. Aktuelle politische Debatte: rechtliche Behandlung der Suizidgesellschaften 220
- C. Suche nach Gesetzeslücken und eventueller Reformbedarf 227
 - I. Grundsätzliche Strafflosigkeit auf dem Prüfstand 227
 - 1. Kriminalpolitische Überlegungen 227
 - 2. Strafrechtsdogmatik und verfassungsrechtliche Grenzen 229
 - (a) Strafrechtsdogmatische Anforderungen 229
 - (aa) Einordnung in die Deliktstypen 229
 - (bb) Strafrecht als Rechtsgüterschutz 230
 - (cc) Verfassungsrechtliche Grenzen 230
 - (b) Denkbare Schutzgüter 234
 - (aa) Rechtsgut Leben 234
 - (i) Individualistischer Schutzzweck: Leben des Suizidwilligen (paternalistische Begründung) 234
 - (ii) Mittelbar individualistischer Schutzzweck: Leben Dritter und allgemeiner Lebensschutz (*Harm principle*) 235
 - (bb) Überindividueller Schutzzweck: öffentliche Interessen als (neben dem Leben) geschütztes Rechtsgut 235
 - 3. Zwischenergebnis 236
 - II. Reformbedarf im Bezug auf die *ärztliche* Suizidassistentz? 237
 - 1. Standespolitische Überlegungen 238
 - (a) Zur „Ethizität“ ärztlicher Suizidbeteiligung 238
 - (aa) Deontologischer Ansatz 238
 - (bb) Konsequenzialistischer Ansatz 241
 - (i) „Verrohungs-“argument 241
 - (ii) Rückwirkung auf das Arzt-Patienten-Verhältnis? 243
 - (iii) Suizidhelfer-unspezifische Missbrauchsargumente 243
 - (b) Palliativmedizin: adäquate Alternative zum assistierten Suizid? 244
 - (c) Ärzte als (best-)geeignete Suizidbegleiter? 245
 - (d) Zwischenergebnis 246
 - 2. Gestaltungsvorschlag 248
 - III. Reformbedarf im Bezug auf spezielle Formen der Beihilfe zur Selbsttötung? 250
 - 1. Suizidhilfeorganisationen als neue Herausforderung für den Gesetzgeber 250
 - 2. Beurteilung der Lösungsansätze 251
 - (a) Strafrechtsdogmatische und verfassungsrechtliche Anforderungen 251
 - (aa) Einordnung in die Deliktstypen 251
 - (bb) Verfassungsrechtliche Grenzen 252
 - (b) Denkbare Schutzgüter 253
 - (aa) Rechtsgut Leben 253

(i) Individualistischer Schutzzweck: Leben des Suizidwilligen (paternalistische Begründungen)	253
(ii) Mittelbar individualistischer Schutzzweck: Leben Dritter und allgemeiner Lebensschutz (<i>Harm Principle</i>)	255
(iii) Flankierende praktische Begründungen: Beweisnot, Missbrauchsgefahren, <i>Slippery-slope</i> -Argumente	258
(bb) Überindividueller Schutzzweck: öffentliche Interessen als (neben dem Leben) geschütztes Rechtsgut	259
(i) Zwischen Sittengesetz, öffentlicher Ordnung und Rechtsempfinden	259
(ii) Strafbarer Eigennutz	261
(c) Zwischenergebnis	262
3. Gestaltungsvorschlag	263
(a) Tatbestandsmerkmale in der aktuellen Debatte	263
(aa) Geschäftsmäßigkeit	263
(bb) Selbstsucht oder grober Eigennutz	266
(cc) Gewerbsmäßigkeit	267
(dd) Zwischenergebnis	270
(b) Vorschlag neuer Straftatbestände	271
(aa) Gewerbsmäßiges Bestimmen und Hilfeleisten zur Selbsttötung	271
(bb) Werbung für die Selbsttötung	272
Endergebnis	275
Anhang I: Die Rechtslage in den USA	277
Anhang II: The Oregon Death with Dignity Act	289
Anhang III: The Washington Death with Dignity Act	301
Literatur	313

Abkürzungsverzeichnis

(dt)StGB	[deutsches] Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung v. 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes v. 24.2.2012 (BGBl. I S. 212)
A.2d	Atlantic Reporter, Second Series
a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte(r) Fassung
a. M.	anderer Meinung
abl.	ablehnend(er)
Abs.	Absatz
ÄBW	Ärzteblatt Baden-Württemberg [Z]
AE-BT I	Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches, Besonderer Teil – Straftaten gegen die Person, Erster Halbband, vorgelegt von <i>Gerald Grünwald, Armin Kaufmann</i> [u. a.]
AE-StB	Alternativ-Entwurf Sterbebegleitung, vorgelegt von <i>Heinz Schöch, Torsten Verrel</i> [u. a.]
AE-Sterbehilfe	Alternativ-Entwurf eines Gesetzes über Sterbehilfe, vorgelegt von <i>Jürgen Baumann</i> [u. a.]
AJP	Aktuelle Juristische Praxis [Z]
Ala.	Alabama
Ala. Code	Alabama Code
Alaska Stat.	Alaska Statutes
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten; American Law Reporter
Alt.	Alternative
Am J Psychiatry	The American Journal of Psychiatry [Z]
Am.	Amendment; American
Am. Jur.	American Jurisprudence
AMA	American Medical Association

AMG	Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 12.12.2005 (BGBl. I S. 3394), zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes v. 22.12.2011 (BGBl. I S. 2983)
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann.	Annotated
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes v. 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
App.	Appeals
Ariz. Rev. Stat.	Arizona Revised Statutes
Ark. Code Ann.	Arkansas Code Annotated
Art.	Artikel/article
ArztR	Arztrecht (Z)
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 2.9.2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes v. 22.11.2011 (BGBl. I S. 2258)
AT	Allgemeiner Teil
Atty Gen.	Attorney General
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 25.2.2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 25 des Gesetzes v. 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
Aufl.	Auflage
Aus.	Ausnahme
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz – AuslG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 9.7.1990 (BGBl. I S. 1354), abgelöst durch das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) v. 30.7.2004 (BGBl. I S. 1950)
Az.	Aktenzeichen
BÄK	Bundesärztekammer
BÄO	Bundesärzteordnung
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayStGB	Bayerisches Strafgesetzbuch von 1813
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band

BDC	Bundesverband der Deutschen Chirurgen
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 14.1.2003 (BGBl. I 2003 S. 66), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 14.8.2009 (BGBl. I S. 2814)
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründung
Bem.	Bemerkung
Beschl.	Beschluss
BestattG	[baden-württembergisches] Gesetz über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) v. 21.7.1970 (GBl. S. 395)
BetmV	[schweizerische] Verordnung über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelverordnung, BetmV) v. 29.5.1996 (SR 812.121.1), Stand am 12.12.2008
BetmV-Swissmedic	Verordnung des Schweizerischen Heilmittelinstituts über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelverordnung – BetmV-Swissmedic) v. 12.12.1996 (SR 812.121.2), Stand am 15.11.2005
BG	Bundesgesetz; [schweizerisches] Bundesgericht
BGB – RGRK	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, herausgegeben von Mitgliedern des Bundesgerichtshofes, früher Kommentar der Reichsgerichtsräte
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGBL. I	Bundesgesetzblatt, Teil I
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts, amtliche Sammlung [zitiert nach Band und Seite]
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen [zitiert nach Band und Seite]
BJM	Bundesministerium der Justiz
BL	(Kanton) Basel-Land
BörsG	Börsengesetz v. 16.7.2007 (BGBl. I S. 1330), zuletzt geändert durch Art. 3a des Gesetzes v. 20.3.2009 (BGBl. I S. 607)
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
Brook. J. Intl. L.	Brooklyn Journal of International Law [Z]
BR-Prot.	Bundesrat, Stenografisches Protokoll [zitiert nach Sitzung und Seite]
BS	(Kanton) Basel-Stadt
BSK	Basler Kommentar zum [schweizerischen] Strafgesetzbuch
BSK ZGB	Basler Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Zivilgesetzbuch

bStGB	Belgisches Strafgesetzbuch
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtM	Betäubungsmittel(n)
BtMG	Betäubungsmittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 1.3.1994 (BGBl. I S. 358), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 11. Mai 2011 (BGBl. I S. 821)
BtMVV	Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung v. 20.1.1998 (BGBl. I S. 74), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung v. 11.5.2011 (BGBl. I S. 821)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft v. 18.4.1999 (SR 101)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek [niederländisches Bürgerliches Gesetzbuch]
bzw.	beziehungsweise
C.F.R.	Code of Federal Regulations
C.S.A.	Controlled Substances Act
CAL	Commissie Aanvaardbaarheid Levensbeëindigend handelen
Cal.	California; California Reports
Cal. App.	California Court of Appeal; California Appellate Reports
Cal. Pen. Code	California Penal Code
Cal. Rptr.	California Reporter
Cal. Welf & Inst. Code	California Welfare and Institutions Code
Cardoso L. Rev.	Cardoso Law Review [Z]
CDA	Christen-Democratisch Appel [niederländische Partei]
cert.	certiorari
ch.	Chapter
Cir.	Circuit
Co.	Company
Colo.	Colorado
Colo. Rev. Stat.	Colorado Revised Statutes
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review [Z]
Com.	Comment
Cong.	Congress
Conn.	Connecticut
Conn. Gen. Stat.	Connecticut General Statutes
Ct.	Court
Ct. App.	Court Appellate

Ct. Cl.	Court of Claims
Ctr.	Center
D.	District; District Court
D. Or.	United States District Court, District of Oregon
D.C.	District of Columbia
d.h.	das heißt
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt [Z]
Del. Code Ann.	Delaware Code Annotated
Dep`t	Department
ders.	derselbe
dies.	dieselbe; dieselben
diss.	dissenting (opinion); Minderheitsvotum
Diss.	Dissertation
Dist. Ct.	District Court
DJT	Deutscher Juristentag
DRiZ	Deutsche Richterzeitung [Z]
dt	deutsch
Duq. L. Rev.	Duquesne Law Review [Z]
E	Entwurf
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuches (StGB) E 1962
e.g.	exempli gratia (lat.: zum Beispiel)
ed.	edition
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
eds.	editors
EGG	Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (Elektronischer-Geschäftsverkehr-Gesetz – EGG) v. 14.12.2001 (BGBl. I 2001 S. 3721)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
eidg.	eidgenössisch
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartment
EK	Eerste Kamer
Elder L. J.	Elder Law Journal [Z]
EIGVG	Gesetz zur Vereinheitlichung von Vorschriften über bestimmte elektronische Informations- und Kommunikationsdienste (Elektronischer-Geschäftsverkehr-Vereinheitlichungsgesetz – EIGVG) v. 26.2.2007 (BGBl. I S. 179)
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Eng. Rep.	English Reports
Erw.	Erwägung
et al.	et alii (lat.: und andere)
et seq.	et sequens (lat. : und folgende)

etc.	et cetera
Ethik Med	Zeitschrift für medizinische Ethik [Z]
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH Slg.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift [Z]
evtl.	eventuell
E-ZBG	Entwurf zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) v. 28.6.2006 (BB1 2006, S. 7139)
F.	Federal Reporter
f./ff.	folgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
F.Supp.	Federal Supplement
F.Supp.2d	Federal Supplement, Second Series
Fahr.	Fahrlässigkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht [Z]
Fla.	Florida
Fla. Stat.	Florida Statutes
Fn.	Fußnote(n); Footnote
FR	Kanton Freiburg
frz.	französisch
FS	Festschrift
g	Gramm
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht [Z]
Ga.	Georgia
Ga. Code Ann.	Georgia Code Annotated
GBL	Gesetzblatt
GewArch	Gewerbearchiv [Z]
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenfalls
grds.	grundsätzlich
grStGB	Griechisches Strafgesetzbuch
GW	Grondwet [Grundgesetz, niederländische Verfassung]
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Harv.	Harvard
Harv. J. L. & Pub. Pol'y	Harvard Journal of Law & Public Policy [Z]
Harv. J. on Legis.	Harvard Journal on Legislation [Z]
Hastings Const. L. Q.	Hastings Constitutional Law Quarterly [Z]
Haw.	Hawaii
Haw. Rev. Stat.	Hawaii Revised Statutes
HB	House Bill

HBKG	[baden-württembergisches] Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung v. 16.3.1995 (GBl. S. 313)
HKK	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
HMG	[schweizerisches] Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz – HMG) v. 15.12.2000 (SR 812.21), Stand am 1.7.2009
HR	Hoge Raad; House Report
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung Strafrecht
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem Sinne
i. E.	im Ergebnis
i. S.	im Sinne
i. S.	in Sachen
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
Ill.	Illinois
Ill. Comp. Stat. Ann.	Illinois Compiled Statutes Annotated
Inc.	Incorporated
Ind.	Indiana
Ind. Code	Indiana Code
Ind. Int'l & Comp. L. Rev.	Indiana International and Comparative Law Review [Z]
ins.	insbesondere
Int'l	International
Issues L. & Med.	Issues in Law and Medicine [Z]
IuKDG	Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste (Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz – IuKDG) v. 22.7.1997 (BGBl. I 1870), zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.12.2001 (BGBl. I S. 3721), abgelöst durch das Telemediengesetz (TMG) v. 26.2.2007 (BGBl. I S. 179)
J Am Geriatr Soc	Journal of the American Geriatrics Society [Z]
J Med Ethics	Journal of Legal Medicine [Z]
J Pharm & Law	Journal of Pharmacy & Law [Z]
J.	Judge; Justice; Journal
J. Pain Symptom Manag.	Journal of Pain and Symptom Management [Z]
J.L. & Health	Journal of Law and Health [Z]
J.L. Med. & Ethics	The Journal of Law, Medicine & Ethics [Z]
JA	Juristische Arbeitsblätter [Z]

JAMA	Journal of the American Medical Association [Z]
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau [Z]
Jura	Juristische Ausbildung [Z]
JuS	Juristische Schulung [Z]
JW	Juristische Wochenschrift [Z]
JZ	Juristenzeitung [Z]
Kan.	Kansas
Kan. Stat. Ann.	Kansas Statutes Annotated
KJ	Kritische Justiz [Z]
KNMG	Koninklijke Nederlandsche Maatschappij tot bevordering der Geneeskunst
krit.	kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft [Z]
Ky.	Kentucky
Ky. Rev. Stat. Ann.	Kentucky Revised Statutes Annotated
L.	Law
L. Rev.	Law Review
L.E.	Lawyers' Edition
L.E.2d	Lawyers' Edition, Second Series
L.E.3d	Lawyers' Edition, Third Series
L.J.	Law Journal
La.	Louisiana
La. Rev. Stat. Ann.	Louisiana Revised Statutes Annotated
lat.	lateinisch
LB	Legislative Bill; Lebensbeendigung
LG	Landgericht
lit.	litera (lat.: Buchstabe)
LJN	Landelijk Jurisprudentie Nummer
LJZ	Liechtensteinische Juristen-Zeitung [Z]
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch (Kanton) Luzern
LU	(Kanton) Luzern
m.V.	mit Verweis
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Mass.	Massachusetts; Massachusetts Reports
MBO-Ä	Musterberufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte
Md. Code	Maryland Code
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht [Z]
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienstestaatsvertrag – MDStV) v. 31.1.1997
Me.	Maine
Me. Rev. Stat. Ann.	Maine Revised Statutes Annotated
Med.	Medicine
Med. L. Rev.	Medical Law Review [Z]

MedBG	[schweizerisches] Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz) v. 23.6.2006 (SR 811.11), Stand am 1.9.2007
MedR	Medizinrecht [Z]
MI Bar Jrl.	Michigan Bar Journal [Z]
Mich.	Michigan
Mich. Comp. Laws	Michigan Compiled Laws
Mich. Ct. Cl.	Michigan Court of Claims Reports
Minn.	Minnesota
Minn. Stat.	Minnesota Statutes
Miss.	Mississippi
Miss. Code Ann.	Mississippi Code Annotated
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law [Z]
Mo.	Missouri
Mo. L. Rev.	Missouri Law Review [Z]
Mo. Rev. Stat.	Missouri Revised Statutes
Mont. Code Ann.	Montana Code Annotated
Mont. L. Rev.	Montana Law Review [Z]
MPC	Model Penal Code
Mshr.	Monatschrift
MStG	[schweizerisches] Militärstrafgesetz v. 13.6.1927 (SR 321.0)
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
N Engl J Med	New England Journal of Medicine [Z]
N.C.	North Carolina
N.C. Gen. Stat.	North Carolina General Statutes
N.D.	North Dakota
N.D. Cent. Code	North Dakota Century Code
N.E.	North Eastern Reporter
N.E.2d	North Eastern Reporter, Second Series
n. F.	neue Fassung
N.H.	New Hampshire
N.H. Rev. Stat. Ann.	New Hampshire Revised Statutes Annotated
N.J.	New Jersey
N.J. Rev. Stat.	New Jersey Revised Statutes
N.J. Super.	New Jersey Superior Court Reports
N.M.	New Mexico
N.M. Stat.	New Mexico Statutes
N.W.	North Western Reporter
N.W.2d	North Western Reporter, Second Series
N.Y.	New York
N.Y. Mental Hyg. Law	New York Mental Hygiene Law
N.Y.2d	New York Reports, Second Series
N.Y.S.2d	New York Supplement, Second Series

Nachw.	Nachweis(e, en)
NaP	Natrium-Pentobarbital
NdsLT-Prot.	Niedersächsischer Landtag, Stenografisches Protokoll [zitiert nach Wahlperiode und Sitzung]
Neb.	Nebraska
Neb. Rev. Stat.	Nebraska Revised Statutes
NEK-CNE	[schweizerische] Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin – Commission nationale d' éthique pour la médecine humaine
Nev.	Nevada
Nev. Rev. Stat.	Nevada Revised Statutes
NJ	Nederlandse Jurisprudentie [Z]
NJB	Nederlands Juristenblad [Z]
NJW	Neue Juristische Wochenschrift [Z]
NK-StGB	Nomos-Kommentar zum Strafgesetzbuch
nl	niederländisch
nlSterbeihilfeG	Niederländisches Sterbehilfegesetz (Wet toetsing levensbeëindiging op verzoek en hulp bij zelfdoding) v. 12.4.2001
nlStGB	Niederländisches Strafgesetzbuch (Wetboek van Strafrecht) v. 3.3.1881
No(s)	Number(s)
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NTvG	Nederlands Tijdschrift voor Geneeskunde [Z]
NVVE	Nederlandse Vereniging voor Vrijwillige Euthanasie
NVvP	Nederlandse Vereniging voor Psychiatrie
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.A.	ohne Autorengabe
O.D.W.D.A.	Oregon Death with Dignity Act
o.V.	ohne Angabe des Vornamens
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung [Z]
Okla.	Oklahoma
Okla. Stat.	Oklahoma Statutes
OLG	Oberlandesgericht
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Strafsachen [zitiert nach Band und Seite]
OM	Openbaar Ministerie
OR	[schweizerisches] Obligationenrecht
Or(e).	Oregon
Or. L. Rev.	Oregon Law Review [Z]
Or. Rev. Stat.	Oregon Revised Statutes

öStGB	Österreichisches Strafgesetzbuch
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung v. 19.2.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 29.7.2009 (BGBl. I S. 2353)
p.	page
P.	Pacific Reporter
P.2d	Pacific Reporter, Second Series
P.3d	Pacific Reporter, Third Series
Pa. Cons. Stat.	Pennsylvania Consolidated Statutes
Penn Mut. Life Ins. Co.	Penn Mutual Life Insurance Company
probl.	problematisch
Prof.	Professor
PrStGB	Strafgesetzbuch für die Preußischen Staaten
pt.	part
Publ.	Publisher
PVH	Pro Vita Humana – Tijdschrift voor levensrecht en medische ethiek [Z]
R.I.	Rhode Island
R.I. Gen. Laws	Rhode Island General Laws
RBerG	Rechtsberatungsgesetz (bis 1958 Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung genannt) v. 18.12.1935, abgelöst durch das Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) v. 12.12.2007 (BGBl. I S. 2840).
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) v. 12.12.2007 (BGBl. I S. 2840), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes v. 6.12.2011 (BGBl. I S. 2515)
Rev.	Revised
Rev. Litig.	The Review of Litigation [Z]
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rn.	Randnummer(n)
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich
Rutgers L. J.	Rutgers Law Review [Z]
RV	Verfassung des Deutschen Reichs v. 16.4.1871
Rz.	Randziffer
s(ec).	section(s)
s.	siehe
S.	Satz; Seite(n)
S. Ct.	Supreme Court Reporter
s. a.	statt aller

S.C.	South Carolina
S.C. Code Ann.	South Carolina Code Annotated
S.D.	South Dakota
S.D.N.Y.	United States District Court, Southern District of New York
S.E.2d	South Eastern Reporter, Second Series
s. o.	siehe oben
S.U. L. Rev.	Southern University Law Review [Z]
S.W.	South Western Reporter
S.W.2d	South Western Reporter, Second Series
SAeZ	Schweizerische Ärztezeitung [Z]
SAMW	Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften
San Diego L. Rev.	San Diego Law Review [Z]
SB	Senate Bill
SCEA	Steun en Consultatie bij Euthanasie in Amsterdam
SCEN	Steun en Consultatie bij Euthanasie in Nederland
schw	schweizerisch
schwBetmG	[schweizerisches] Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz – BetmG) v. 3.10.1951 (SR 812.121), Stand am 1.1.2010
schwBtmV	Schweizerische Verordnung über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelverordnung – BtmV) v. 29.5.1996 (SR 812.121.1), Stand am 12.12.2008
schwStGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch v. 21.12.1937 (SR 311.0) (Stand am 1.1.2011)
Seattle U. L. Rev.	Seattle Law Review [Z]
Seton Hall Legis. J.	Seton Hall Legislative Journal [Z]
SG	(Kanton) St. Gallen
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij [niederländische Partei]
SH	(Kanton) Schaffhausen
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung [Z]
SK-StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
So.	Southern Reporter
So.2d	Southern Reporter, Second Series
sog.	sogenannt(e/en)
SR	Systematische Sammlung des [schweizerischen] Bundesrechts
St. Louis U. Pub. L. Rev.	St. Louis University Public Law Review [Z]
StA	Staatsanwaltschaft
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
Stat.	Statutes

Stb.	Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden
StR	Strafrechtskammer
StRG	Strafrechtsreformgesetz
stRspr.	ständige Rechtsprechung
StV	Strafverteidiger [Z]
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz) v. 16.3.1976, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 29.7.2009 (BGBl. I S. 2274)
Suffolk U. L. Rev.	Suffolk University Law Review [Z]
Sup. Ct.	Supreme Court
Sup. Ct. Rev.	The Supreme Court Review
Supp.	Supplement
Swiss Med Wkly	Swiss Medical Weekly [Z]
T.M. Cooley L. Rev.	Tomas M. Cooley Law Review [Z]
TAZ	Die Tageszeitung
TDG	Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstegesetz) v. 22.7.1997 (BGBl. I S. 1870), zuletzt geändert durch Art. 1, 4 EGG, abgelöst durch das Telemediengesetz (TMG) v. 26.2.2007 (BGBl. I S. 179)
Tenn.	Tennessee
Tenn. Code Ann.	Tennessee Code Annotated
Tenn. L. Rev.	Tennessee Law Review [Z]
Tex.	Texas
Tex. Crim. App.	Texas Court of Criminal Appeals
tit.	title
TK	Tweede Kamer
TKG	Telekommunikationsgesetz v. 22.6.2004 (BGBl. I S. 1190), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 3.5.2012 (BGBl. I S. 958)
TMG	Telemediengesetz v. 26.2.2007 (BGBl. I S. 179), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 31.5.2010 (BGBl. I S. 692)
u.	und
U.	University
U. Dayton L. Rev.	University of Dayton Law Review [Z]
U. Tol. L. Rev.	University of Toledo Law Review [Z]
u. a.	unter anderem, und andere, und anderswo
U.S.	United States Reports
U.S.C.	United States Code
u. U.	unter Umständen
Überbl.	Überblick
Übers.	Übersetzung
Urt.	Urteil
US	United States

USA	United States of America
USD	United States Dollar
V	Verordnung
v.	vom; versus
v. a.	vor allem
Va.	Virginia
Va. J. Soc. Pol'cy & L.	Virginia Journal of Social Policy & the Law [Z]
Val. U. L. Rev.	Valparaiso University Law Review [Z]
VAM	[schweizerische] Verordnung über die Arzneimittel (Arzneimittelverordnung – VAM) v. 17.10.2001 (SR 812.212.21), Stand am 1.10.2010
Var.	Variante
VE	Vorentwurf
Verf.	Verfasserin
VerwGer	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vill. L. Rev.	Villanova Law Review [Z]
Vol.	Volume
Vors.	Vorsatz
Vt.	Vermont
Vt. Stat. Ann.	Vermont Statutes Annotated
W.Va.	West Virginia
Wash.	Washington; Washington Reports
Wash. Rev. Code	Washington Revised Code
WHO	World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation)
Wis.	Wisconsin
Wis. Stat.	Wisconsin Statutes
WiStrG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz – WiStrG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 3.6.1975 (BGBl. I S. 1313), zuletzt geändert durch Art. 55 des Gesetzes v. 8.12.2010 (BGBl. I S. 1864)
WL	West Law
WvSr	Wetboek van Strafrecht [niederländisches Strafgesetzbuch]
Z	Zeitschrift
Z Palliativmed	Zeitschrift für Palliativmedizin
z. B.	zum Beispiel
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZGB	[schweizerisches] Zivilgesetzbuch v. 10.12.1907 (SR 210)
ZH	(Kanton) Zürich

Ziff.	Ziffer(n)
zit.	zitiert
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zst.	zustimmend(er)
ZStR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zw.	zweifelhaft

Einführung

A. Vorfragen und Vorüberlegungen

*οὐ γὰρ θανεῖν ἐχθιστον, ἀλλ' ὅταν θανεῖν
χρήζων τις εἶτα μηδὲ τοῦτ' ἐχθὴ λαβεῖν**

Trotz jahrelanger Kontroversen hat die Sterbehilfeproblematik nichts von ihrer Komplexität eingebüßt: in die Beurteilung fließen Vororientierungen religiöser, ethischer und gesellschaftspolitischer Natur mit ein, juristische Fragen mischen sich mit medizinischen, und das Verfassungs- und Zivilrecht konkurrieren mit dem Strafrecht um eine rechtlich angemessene Lösung. Drei Juristentage, Kommissions- und Alternativentwürfe haben sich der Thematik angenommen. Die hierzu ergangenen zivil- und strafrechtlichen Gerichtsentscheidungen haben eher zur Verwirrung als zur Klarstellung der Rechtslage beigetragen.

Das Augenmerk dieser Abhandlung gilt nur einem Teilbereich der Sterbehilfe, nämlich der Suizidbeihilfe. Aufgrund kontroverser Meinungen zwischen Literatur und Rechtsprechung ist bislang nicht hinreichend geklärt, ob in Deutschland ein Suizid von den ersten Vorbereitungshandlungen bis zum Versterben des Suizidenten rechtmäßig begleitet werden kann und, wenn ja, in welcher Form und durch welche Personen. Gerade bei unheilbar kranken, dem Tode geweihten Patienten, die trotz palliativer Versorgung an unzumutbaren Schmerzen leiden, drängt sich die Frage auf, wie diesen Patienten geholfen werden kann, wenn sie zu sterben wünschen. Bietet die Propagierung eines ärztlich assistierten Suizids eine günstige Möglichkeit, um die in der Öffentlichkeit häufig erhobene Forderung nach selbstbestimmter Wahl des eigenen Todes durchzusetzen? Rege diskutiert wird in diesem Zusammenhang, inwieweit eine ärztliche Suizidbeihilfe mit dem ärztlichen Ethos vereinbar ist – eine Diskussion, die jüngst sogar in kaum miteinander zu vereinbarende Änderungen

* „Der Tod ist noch das schlimmste nicht, vielmehr den Tod ersehnen und nicht sterben dürfen“ (*Sophokles*, Elektra). Übersetzung von *Schorck*, Ärztliche Sterbehilfe und die Bedeutung des Patientenwillens, S. 1.

der Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung und der Musterberufsordnung mündete.

Die bislang herrschende Unklarheit im Bereich Suizidbeihilfe droht von anderen „Anbietern“ ausgenutzt zu werden. Die institutionalisierte Förderung der Selbsttötung gewinnt mehr und mehr an Boden und schürt die Angst vor Missbräuchen. Die Tätigkeit von „Suizidhilfe-Vereinen“ ist zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzung geworden. Laut wurde der Ruf nach der Schaffung eines hinreichend Rechtssicherheit verbürgenden gesetzlichen Rahmens. Sicher ist, dass es sich hierbei um ein Problem handelt, das seinen Zenit noch nicht erreicht hat.

Mit diesen Fragen und Problemfeldern wird sich die vorliegende Abhandlung genauer beschäftigen, wobei auch aktuelle Entwicklungen in Bundesrat und Bundestag näher in den Blick genommen werden.

B. Thematische Begriffsklärung

Bevor das Untersuchungsumfeld eingehender beleuchtet wird, sollen die Begriffe geklärt werden, die dieses Phänomen umschreiben. Die Klärung der regelmäßig auftauchenden Sterbehilfe-Terminologie dient dem besseren Verständnis der hier zu behandelnden Thematik.

I. Sterbehilfe – Euthanasie

Der Zentralbegriff in der Sterbehilfediskussion ist der der Euthanasie. Aus dem Altgriechischen stammend (εὐθανασία), bedeutet Euthanasie ein Sterben als *ars moriendi*, guter Tod¹. Trotz seiner Pervertierung durch das NS-Regime² ist dieser Begriff etymologisch zutreffend und präzise³. Er wird daher im Rahmen dieser Abhandlung emotionsunbeladen weiterhin, synonym mit dem Begriff Sterbehilfe, benutzt⁴. Verstanden werden hierunter alle Fälle, in denen durch positives Tun (Tötung) oder Unterlassen (Sterbenlassen) ein „sanfter“ Tod i. S. einer Erlösung des Patienten von seinen hauptsächlich physischen Qualen oder Schmerzen ermöglicht

¹ Zur Begriffsgeschichte der Euthanasie siehe im Einzelnen *Frewer*, Vorgänge Nr. 175 (Heft 3/2006), 24 (26 ff.).

² Der Begriff Euthanasie war einem deutlichen historischen Bedeutungswandel unterworfen, insbesondere im Deutschland des 20. Jahrhunderts wurde der Terminus bei den Mordaktionen der Nationalsozialisten missbraucht und völlig umgedeutet. Hinter den Euthanasieaktionen des NS-Regimes versteckte sich die Grauen hervorrufende Politik der Ausrottung sogenannten „lebensunwerten“ Lebens.

³ Demgegenüber schlagen manche Autoren das Ausschließen des Begriffes aus der Diskussion vor: *Eibach*, in: Eser (Hrsg./Bringewat (Mit.), Suizid und Euthanasie als human- und sozialwissenschaftliches Problem, 245; *Koch*, in: Eser/Koch (Hrsg.), Materialien zur Sterbehilfe, 33.

⁴ So auch *Chatzikostas*, Die Disponibilität des Rechtsgutes Leben, S. 25.

wird. Der Leidenszustand wird also *per definitionem* beim Sterbehilfe- bzw. Euthanasiebegriff vorausgesetzt. Ob bei der Anwendung dieser Begriffe auch das Element der Todesnähe⁵ bzw. der Äußerungsfähigkeit des Leidenden⁶ vorausgesetzt wird, ist umstritten. Die oben erwähnte Definition besagt dazu jedenfalls nichts.

II. Suizid

Unter „Suizid“ (Wortschöpfung aus dem lateinischen *suicidium* von *sua manu caedere* = mit eigener Hand fällen; früher „Selbstentleibung“), auch Selbsttötung genannt, wird ein unnatürlicher Tod verstanden, der auf ein bewusstes Eingreifen des Getöteten in den eigenen Lebensprozess zurückzuführen ist⁷. *Per definitionem* nicht erfasst sind die fahrlässige Herbeiführung des eigenen Todes sowie das Führen einer riskanten Lebensweise⁸. Das „bewusste Eingreifen“ setzt eine Wissens- und eine Willenskomponente voraus⁹. Das Wissenselement (das Opfer muss das tödliche Ergebnis seines Verhaltens im Voraus kennen)¹⁰ dient dazu, aus dem Suizidbegriff solche Fälle auszuschließen, in denen sich das Opfer aufgrund eines vorliegenden – sich auf das Element der Tötung bezogenen – Irrtums das Leben nimmt. Die Willensvoraussetzung schließt aus dem Suizidbereich alle Fälle aus, in denen die Selbsttötungsaktion unter Zwang unternommen worden ist. Die willentliche Beendigung des eigenen Lebens kann durch eine selbstbestimmte Handlung oder durch das Unterlassen einer Handlung (z. B. Nichteinnahme lebenswichtiger Medikamente bzw. von Nahrungsmitteln oder Flüssigkeit) erfolgen¹¹.

Häufig wird der Suizid auch als Selbstmord oder Freitod bezeichnet. Beide Bezeichnungen werden als werthafte Präjudiz beinhaltende Begriffe wahrgenommen

⁵ Strittig ist in diesem Kontext, ob ein bereits begonnener Sterbeprozess für die Anwendung der Begriffe Sterbehilfe und Euthanasie vorausgesetzt werden muss. Dies ablehnend *Chatzikostas*, Die Disponibilität des Rechtsgutes Leben, S. 26; v. *Dellingshausen*, Sterbehilfe und die Grenzen der Lebenserhaltungspflicht des Arztes, S. 13; *Birnbacher*, Tun und Unterlassen, S. 338 f. A. A. *Weißbauer/Opderbecke*, MedR 1995, 456 (457).

⁶ Würde von einer Äußerungsfähigkeit des Individuums als Begriffsvoraussetzung ausgegangen, dann könnte bei Neugeborenen oder irreversibel bewusstlosen Patienten die Rede von „Sterbehilfe“ nicht sein.

⁷ So die von *Bernstein*, Die Bestrafung des Selbstmords und ihr Ende, S. 1, gegebene Definition, die u. a. von *Beckert*, Strafrechtliche Probleme um Suizidbeteiligung und Sterbehilfe, S. 7, und *Chatzikostas*, Die Disponibilität des Rechtsgutes Leben, S. 20, übernommen worden ist.

⁸ Zu dem Unterschied zwischen Suizid und „suizidalem Verhalten“ s. *Beauchamp*, in: *Beauchamp/Veatch* (Hrsg.), *Ethical issues in death and dying*, 113 (114).

⁹ *Beckert*, Strafrechtliche Probleme um Suizidbeteiligung und Sterbehilfe, S. 8 ff.

¹⁰ *Durkheim*, Der Selbstmord, S. 27.

¹¹ Exemplarisch aus der englischen Literatur – unter Einbeziehung des Willens- sowie des Unterlassungselements („key elements of intent and omission“) – vgl. die von *Paterson* gegebene Suiziddefinition: „an action (or omission) informed by the intended objective, whether as an end in itself or as a means to some further end, that one’s bodily life be terminated“; *Paterson*, *Assisted Suicide and Euthanasia*, S. 8.